

# Der Volkswirt

Gegründet 1926 durch Gustav Stolper, seit 1970 **WirtschaftsWoche**

51.2017



## Leben ohne Staat

### Privatstädte

Keinen Markt dominiert der Staat so sehr wie den Markt für gesellschaftliches Zusammenleben. Ökonomen und findige Unternehmer wollen das ändern – mit freien Privatstädten ohne Politik. Kommen jetzt elitäre Ghettos?

Im Hotel de Paris in Monaco ist es laut an diesem Nachmittag im November. Das Gehämmer und Bohren aus dem Seitenflügel der Fünf-Sterne-Herberge dringt bis in die Lobby. „In Monaco wird seit Jahren gebaut und renoviert“, sagt Titus Gebel entschuldigend, „die Stadt platzt aus allen Nähten.“ Dennoch hat sich der promovierte

WirtschaftsWoche 51/8.12.2017

Jurist vor drei Jahren entschlossen, Deutschland den Rücken zu kehren und sich hier anzusiedeln. Das kleine Fürstentum am Mittelmeer bietet, was er gesucht hat: „Sicherheit, niedrige Steuern – und einen Staat, der seine Bürger in Ruhe lässt.“

Gebel hat es als Co-Gründer der Deutsche Rohstoff AG, eines börsennotierten Bergbau- und Explorationsunternehmens, zu viel Geld gebracht. Zur Ruhe gesetzt hat er sich jedoch nicht, auch wenn er aus der Geschäftsführung ausgeschieden ist. Stattdessen hat ihn das Leben im Minimalstaat Monaco zu einem ungewöhnlichen Projekt inspiriert, mit dem er das Zusammenleben der Menschen revolutionieren will. „In Monaco versteht sich der Staat als Dienstleister für seine Bewohner, nicht als deren Herrscher“, sagt Gebel. Das, dachte er, müsse ein Unternehmer doch auch können.

Also gründete er mit Free Private Cities Inc ein Unternehmen, das es sich zum Ziel gesetzt hat, Privatstädte aufzubauen, die keinem Politiker, keinem Staat oder Parlament verpflichtet sind. Damit liegt Gebel voll im Trend. Rund um den Globus gibt es Initiativen, die das Zusammenleben der Menschen neu organisieren wollen: Mit weniger Staat und mehr Freiheit, weniger Politik und mehr Marktwirtschaft, weniger Zentralismus und mehr Autonomie.

Staaten, sagt Gebel, seien der institutionalisierte Kampf der Menschen um Privilegien und Macht; die persönliche Freiheit bleibe dabei auf der Strecke. Das Leben der Menschen in Privatstädten beruhe nicht auf einem imaginären Gesellschaftsvertrag, wie ihn der englische Staatsphilosoph Thomas Hobbes (1588–1679) zur Rechtfertigung des Staates herbeiphilosophierte, sondern „auf freiwilligen Vertragsbeziehungen“.

#### Echte Verträge

Einen solchen Vertrag muss jeder Interessent unterzeichnen, bevor er Bewohner einer Privatstadt werden kann. In dem Vertrag sind die Leistungen des Anbieters und die Rechte und Pflichten der Bewohner klar geregelt. Gebels Privatstadt bietet „Sicherheit, Herrschaft des Rechts, Schutz vor Eigentum und Leben – aber alles ohne Zwang“. An die Stelle des politischen Kampfes um Macht und knappe Ressourcen trete der Austausch über den freien Markt. Sein erstes Projekt könnte schon nächstes Jahr in Mittelamerika starten, wo er zusammen mit seinen amerikanischen Partnern kurz vor der Genehmigungserteilung durch die Regierung steht. Welche Regierung ihm eine exterritoriale Zone einräumt, will er noch nicht verraten.

Gebel ist aber nicht der Einzige, der Alternativen zum Staat anstrebt. Wenn Joe Quirk seinen künftigen Wohnort beschreibt, gerät er leicht ins Schwärmen. „Überall, wo man hinschaut, sieht es aus wie auf einer Postkarte“, sagt der Präsident des in Kalifornien ansässigen Seasteading Institute. Er erzählt von einer Lagune, etwa einen Kilometer vor der Küste Tahitis, von einem Ort, an dem die Wellen niedrig seien, das Meer nie zu warm und nie zu kalt. In dieser paradiesischen Bucht plant die Nonprofit-Organisation, der Quirk vorsteht, im nächsten Jahr die erste schwimmende Stadt zu errichten.

Seine Idee geht zurück auf Patri Friedman, den Enkel des Ökonomie-Nobelpreisträgers Milton Friedman. Der Freidenker und Aktivist kündigte 2008 seinen lukrativen Job als Softwareentwickler bei Google und gründete das Seasteading Institute. Finanzielle Unterstützung kam dabei vom deutschstämmigen Investor Peter Thiel, der gerne gegen Steuern und andere Formen staatlicher Intervention wettet. Er gab Friedman 500 000 Dollar Startkapital.

Die Ursprünge im Techmecca Silicon Valley merkt man den Seasteadern noch heute an, wenn sie mit Gründereifer und messianischem Unterton von ihren Ideen erzählen. „In Sachen Staatsführung mangelt es derzeit an Innovation“, sagt Institutspräsident Joe Quirk.

Die Lösung seien seine künstlichen Inseln: Man brauche einen solchen Ort, an dem Menschen ihre eigene Gesellschaft gründen und ausprobieren könnten. „Wir sind so etwas wie das iPhone der Meere. Wir bieten die Plattform. Die Gesellschaftsformen sind die Apps.“ Die künstliche Insel vor Tahiti kann man sich also als eine Art ersten Softwaretest eines politiklos verfassten Gemeinwesens vorstellen. Funktionäre der Start-up-Staat, könne man ihn nach Belieben vergrößern, auf andere Inseln übertragen und konkurrierende Modelle des Zusammenlebens entwickeln, sagt Quirk: „Wir schaffen einen Markt für Gesellschaftsformen.“ Seine Hoffnung: Wenn Menschen die Wahl zwischen unterschiedlichen Gesellschaften haben, entsteht eine Konkurrenz der Ideen und dadurch Innovation.

Mit Seasteading, also dem Errichten von Wohnstätten auf dem Meer, verbinden Freidenker schon lange eine große Hoffnung. In einer eigens auf hoher See gegründeten, schwimmenden Stadt, so die Vision, gebe es keine Obrigkeit, die bestimmt, wie man zu leben hat. Viele Ideen und Aktionen dazu kursierten in der Vergangenheit. Sie reichten vom Leben auf einer ausrangierten Ölförderplattform über das Umfunktionieren von Kreuzfahrtschiffen in schwimmende Kolonien der Freiheit bis hin zur Deklaration der Unabhängigkeit auf Inseln wie Sealand vor der Küste Großbritanniens.

In Myanmar strebt das Volk der Karen, von der Militärregierung jahrzehntelang unterdrückt, eine freie Privatstadt an der Grenze zu Thailand an. Dort sollen mehr als 100 000 Karen, die derzeit noch in Flüchtlingslagern leben, eine neue Heimat finden. Unterstützt werden sie von Projektentwicklern aus Singapur.

Und sogar im Nahen Osten sind sie fasziniert von der Möglichkeit einer sozialen Revolution. Im Auftrag des saudischen Kronprinzen Muhammad Bin Salman soll dort der ehemalige Siemens-Chef Klaus Kleinfeld den Bau einer riesigen neuen Stadt mit dem Kunstnamen NEOM aus dem Wüstensand stampfen. 500 Milliarden Dollar will Salman für die Hesse-große Ansiedlung ausgeben. Die Stadt am Rand des Roten Meeres soll mit eigenen Gesetzen und Steuern nach unternehmerischen Kriterien geführt werden – und Gewinn abwerfen. NEOM werde ein „zivilisatorischer Sprung“, der die „Visionäre der Welt“ anziehe, schwärmt der saudische Prinz: Mit Forschungslabors für Stammzell- und Gentherapie, die in vielen westlichen Ländern tabu sind.

Theoretische Unterstützung für die praktischen Utopisten kommt vonseiten der Ökonomen. Paul Romer, aktueller Chefvolkswirt der Weltbank, erregte mit seinem Vorschlag Aufsehen, Charter Cities in Entwicklungs- und Schwellenländern zu errichten. Die Idee: Das Gastland stellt einen Teil seines Territoriums zur Verfügung, auf dem unter der Regie von Industrieländern Städte gebaut und verwaltet werden. Diese



**Charter Cities**  
sind eine Idee von  
Paul Romer



**Free Private Cities**  
heißt das Unternehmen von Titus Gebel



**Seasteading**  
Joe Quirk will freies  
Leben auf See



sollen den Menschen bieten, was Männer wie Gebel in Monaco schätzen, was in Entwicklungsländern aber Mangelware ist – und was schon Immanuel Kant vor mehr als 200 Jahren zu den Grundbedingungen einer funktionierenden Gesellschaft gezählt hat: Sicherheit, Schutz von Eigentum und Leben, Herrschaft des Rechts. Das locke Investoren an und mache die Charter Cities zu Wachstums- und Reforminkubatoren, die auf das gesamte Land ausstrahlen, glaubt Romer.

Recht und Sicherheit bleiben in den Charter Cities zwar in staatlicher Hand. Dienstleistungen wie die Strom- und Wasserversorgung werden jedoch privatisiert. „Der Privatsektor kann neue und bessere Wege finden, den Lebensstandard der Menschen zu steigern“, hofft Romer. So könnten Charter Cities wie weiland Chinas Sonderverwaltungszone Shenzhen „den Lauf der Geschichte verändern“. Um die Menschen von Reformen zu überzeugen, brauche es Leuchttürme. „Ohne Shenzhen“, so Romer, „wären die Reformen in China zu Ende gewesen, bevor sie richtig begonnen hatten.“

### Sog der Städte

Dieser Vorbildcharakter dürfte auch im Kalkül des saudischen Kronprinzen eine Rolle spielen. Denn Salman will sein Land nicht nur aus der Abhängigkeit vom Rohöl, sondern auch aus der Umklammerung der konservativen Geistlichkeit befreien – und ins 21. Jahrhundert katapultieren. Daher soll NEOM Investoren nicht nur mit niedrigen Steuern und moderner Infrastruktur locken. Die Menschen dort sollen auch die Vorzüge eines „moderaten Islam“ genießen. Anders als im übrigen Land dürfen Frauen sich in der neuen Stadt etwa ohne männliche Begleitung bewegen. Charter Cities könnten auch den Migrationsdruck verringern. Außerdem böten sie eine Gelegenheit, innovative Verkehrskonzepte wie selbstfahrende Autos zu erproben, ohne ein Verkehrschaos zu erzeugen, glaubt Romer. Daher plädiert er dafür, möglichst viele Charter Cities zu gründen, die voneinander lernen. „Wir könnten Hunderte davon haben“, sagt Romer. In der Tat zieht es immer mehr Menschen in die Städte. Siedelte Anfang der Sechzigerjahre erst ein Drittel der Weltbevölkerung in Städten, so sind es derzeit schon 54 Prozent, Tendenz steigend. Im Gegensatz zu Megastädten wie Mexico City und Lagos mit ihren wild wuchernden Slumsiedlungen könnten neue Städte mit innovativen Konzepten den Menschen bessere Lebenschancen bieten.

Wie aber bringt man eine Regierung dazu, einen Teil ihres Territoriums anderen Staaten oder privaten Städtegründern zu überlassen?

„Man muss eine Win-win-Situation anbieten“, sagt Gebel. Prosperiert eine Privatstadt, profitiert davon auch das Umland. Städte und Stadtstaaten wie Hongkong, Singapur und Monaco zeigen dies. Rund um diese Boomstädte hat sich ein Speckgürtel gebildet, in denen der Wohlstand wächst. Das Seasteading-Projekt vor Tahiti bietet den Menschen sogar noch einen weiteren Vorteil. Weil der steigende Meeresspiegel ihre Lebensgrundlage bedroht, könnten sie auf den schwimmenden Seasteading-Inseln eine neue Heimat finden. Im Januar unterzeichneten die Partner daher eine Absichtserklärung, gerade arbeitet man an den rechtlichen Feinheiten eines festen Abkommens.

„Je größer die Probleme sind, die ein Land hat, seien es Kriminalität, Armut oder Korruption, desto eher ist es bereit, dem Bau einer Privatstadt zuzustimmen“, sagt Gebel. Gleichwohl erfordern Planung und Bau einer solchen Stadt Geduld, Verhandlungsgeschick und Know-how. Am allerwichtigsten ist es, sich mit dem Gastland über einen attraktiven rechtlichen Rahmen für die Privatstadt zu einigen. Der ist Voraussetzung dafür, Investoren und Einwohner für das Projekt zu begeistern. Gebel arbeitet deshalb mit Juristen und Spezialisten für Sonderwirtschaftszonen und Grundstücksrecht aus Mittelamerika, Deutschland und den USA zusammen. Manche von ihnen beraten auch das Seasteading-Projekt.

Seine Vereinbarung mit dem mittelamerikanischen Domizilland sieht vor, dass dieses weiterhin für internationale Verträge und die Außenverteidigung zuständig ist, zudem muss sich die Privatstadt an alle internationalen Konventionen halten, die das Domizilland unterschrieben hat. Innerhalb der Privatstadt aber kann Gebel den Rechtsrahmen selbst bestimmen. Daher will er das Common Law nach US-Vorbild einführen, denn es erleichtert die Anwerbung von Investoren aus den USA. Die Richterstellen sollen daher mit unabhängigen Juristen aus den USA besetzt werden. Für Sicherheit in der Privatstadt soll ein eigener Sicherheitsdienst sorgen.

Weitestgehend freie Hand behält Gebel auch, was die Steuern betrifft. Mit einer Ausnahme: „Das Domizilland verpflichtet uns, mindestens eine Steuer zu erheben, von der wir 12 Prozent an die Regierung abführen müssen“, sagt er. Wahrscheinlich werde es daher eine Grundsteuer geben.



**Paradies im Paradies** Vor der Küste Tahitis sollen Menschen auf einer künstlichen Insel frei von staatlicher Bevormundung leben

**Erfolgsmodell Stadt** Kapitalismus und Wohlstand blühten zuerst in freien Handelsstädten wie Venedig auf

Die Bewohner des Seasteading-Eilands könnten sogar ohne Steuern leben. Derzeit erwägt die Regierung Französisch-Polynesiens, die Bewohner der Kunstinsel von Steuern zu befreien, dafür aber auch keine Subventionen an das Projekt zu zahlen. Wichtig ist für Gebel, dass seine Privatstadt Gewinne abwirft. Denn Gewinne zeigten dem Unternehmer, dass er die Wünsche seiner Kunden erfüllt. So sei er gezwungen, gute Qualität anzubieten und sparsam zu wirtschaften. Eine Privatstadt arbeite daher effizienter als der Staat, der Zwangsabgaben auf die Einkommen der Bürger erhebt.

### Kein Ghetto für Superreiche

Den Großteil der Gewinne will Gebel mit Grundstücksgeschäften erzielen. Mit den privaten Grundbesitzern, auf deren Boden die Privatstadt entstehen soll, hat er deshalb Optionsverträge geschlossen, die ihm das Recht geben, die Grundstücke zu einem zuvor vereinbarten Preis zu kaufen. Später will er die Grundstücke dann mit Gewinn an Bauträger, private Investoren und Landentwickler verkaufen, die darauf Wohngebäude, Straßen, Werkshallen und Bürogebäude errichten. Voraussichtlich müssen die Einwohner der Privatstadt maximal 1000 Dollar pro Jahr als Nutzungsgebühr zahlen. Gemessen an den Steuern in Staaten sind das Peanuts.



Denn in der Privatstadt gibt es keine Sozialleistungen und keine Umverteilung. Geld wird nur für das Angebot von Recht und Sicherheit benötigt.

So soll die Stadt auch für weniger begüterte Menschen erschwinglich bleiben. Ein Refugium für Superreiche, wie es die Gated Communities in den USA sind, wollen weder Gebel noch Quirk. „Wegen der sozialen Abhängigkeiten werden sich Mittel finden, Menschen mit verschiedenen Hintergründen zu integrieren“, ist Quirk überzeugt. So könnten sich Bürger freiwillig finanziell für Charity-Projekte engagieren. Gebel will seine Stadt

zudem durch günstigen Wohnraum auch für Normalverdiener attraktiv machen. Gleichwohl werde nicht jeder in der Privatstadt aufgenommen, stellt Gebel klar. „Unsere Kunden können uns in Regress nehmen, wenn wir die Sicherheit nicht gewährleisten“, sagt er. Deshalb müsse jeder Bewerber ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen. Kriminelle, politische und religiöse Extremisten sowie Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können, müssen draußen bleiben. Konflikte zwischen Bewohnern und Stadtbetreiber werden per Schlichtungsverfahren geregelt.

Was aber geschieht, wenn das Domizilland die Privatstadt oder schwimmende Insel plötzlich nicht mehr duldet?

„Man kann als privater Betreiber mit einer Regierung vieles in Verträgen regeln, aber der Staat kann sich dann trotzdem überlegen: Wir enteignen die jetzt“, sagt Nele Matz-Lück, Professorin für Seerecht am Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht der Universität Kiel. Schlussendlich fehle es an Rechtssicherheit und an der Garantie auf ein faires Verfahren. Gebel ist sich dessen bewusst. Er hat deshalb vorgesorgt und einen Trumpf im Ärmel. „Unser Partnerland ist Mitglied der Zentralamerikanischen Freihandelszone CAFTA, in der auch die USA sind“, sagt er. Sein Privatstadt-Unternehmen hat er daher in den USA registrieren lassen. Sollte es zu einer Enteignung kommen, könne er die Gremien der CAFTA einschalten und im Extremfall das Auslandsvermögen der Regierung, etwa Schiffe, Flugzeuge und Gebäude, beschlagnahmen lassen. „Das wirkt abschreckend“, sagt Gebel.

### Glück im Kleinen

Noch mag die Vorstellung, Menschen könnten in privat betriebenen Städten leben, wie eine Fantasterei anmuten. Doch ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Städte schon immer eine besonders erfolgreiche Organisationsform für das Zusammenleben der Menschen waren. Sie boten ihnen Schutz, förderten die Bildung von Wertgemeinschaften und wirkten identitätsstiftend. Weil sie sich zudem in intensivem Wettbewerb untereinander befanden, war es „kein Zufall, dass der Kapitalismus zuerst unter den Bedingungen extremer politischer Dezentralisierung aufblühte: in den norditalienischen Stadtstaaten, im südlichen Deutschland und in den sezessionistischen Niederlanden“, sagt der Sozialphilosoph Hans-Hermann Hoppe.

Auch heute noch sind es die Städte, in denen die Innovationen blühen und die den Wohlstand produzieren. So konzentriert sich einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey zufolge die globale Wirtschaftsleistung auf 400 Städte. Freie Privatstädte könnten die Lebensform Stadt um eine attraktive Variante bereichern. In Zeiten, in denen Sezessionsbestrebungen vom Unmut über staatliche Zentralisierung kündigen, scheint es keine schlechte Idee, „den Schritt zurück zu machen“, wie der Sozialphilosoph Leopold Kohr schrieb – und „das Glück im Kleinen“ zu suchen. ■

malte.fischer@wiwo.de, jan guldner

8.12.2017/WirtschaftsWoche 51